Protokoll der 48. Sitzung

der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ am Freitag, dem 22. Oktober 1993; Beginn: 10.00 Uhr; Bonn, Bundeshaus, NH 1903;; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU), Abg. Margot von Renesse (SPD); einziger Punkt der Tagesordnung: Öffentliche Anhörung zu dem Thema

„Die Deutschlandpolitik von 1949 bis in die sechziger Jahre“

Inhalt

Eröffnung
Rainer Eppelmann 238

Vorträge
Horst Möller 240
Bernd Faulenbach 254
„Die Deutschlandpolitik von 1949 bis in die sechziger Jahre“
Josef Foschepoth 265
„Adenauer und die deutsche Frage“
Gerhard Wettig 271
„Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 nach Akten des sowjetischen Außenministeriums“

Diskussion 275

Anlage
Horst Möller, Schwerpunkte der Politik Konrad Adenauers in bezug auf die Deutschlandpolitik und die Westintegration, 1949–1963 (Manuskriptfassung) 326

Vorsitzender Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie alle ganz herzlich begrüßen, in besonderer Weise, Sie verzeihen mir die Heraushebung, den Vertreter der Bundeszentrale für politische Bildung. Ich halte es für ungeheuer wichtig, daß er immer wieder mit dabei ist und durch sein Dabeisein immer wieder zeigt, daß das, was diese Enquete-Kommission leistet, etwas Wichtiges ist und unter die Menschen gebracht werden muß. Wir sind zutiefst davon überzeugt, unsere Aufgabe kann nur gelingen, wenn sie von möglichst vielen Deutschen zur Kenntnis genommen wird. Ich freue mich auch darüber, daß ein Fachminister unseres

Themas, der sich mit gesamtdeutschen Teilungs-Fragen befassen mußte, heute unter uns ist. Ich begrüße herzlich Herrn Dr. Erich Mende. (Beifall)

Die heutige 48. Sitzung der Enquete-Kommission, die in öffentlicher Anhörung das Thema „Die Deutschlandpolitik von 1949 bis in die sechziger Jahre“ behandelt, steht für mich in engster Verbindung zu der zweitägigen Veranstaltung, die wir in der vorigen Woche im Berliner Reichstag hatten, am 12. und 13. Oktober 1993. Da haben wir die Deutschlandpolitik gewissermaßen von außen her betrachtet. Wir haben uns mit den internationalen Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik beschäftigt und der besonderen Rolle, die das geteilte Berlin dabei spielte.

Mich hat und ich möchte noch einmal daran erinnern, bei dieser Anhörung ganz stark beeindruckt, was die ausländischen Freunde und Kollegen uns berichtet haben. Sowohl unter den Menschen, die sich im Prager Frühling engagierten und um die Charta 77 organisierten, wie auch bei denen, die in Polen die Solidarnosc zur gesellschaftsverändernden Massenbewegung machten, gab es nicht wenige, die über die deutschen Perspektiven offensichtlich ein Stück anders als wir und auch sehr kreativ nachdachten. Wenn da von den neuen Perspektiven gesprochen wurde, die sich nach der Veränderung der sozialistischen Zwangsregime ganz selbstverständlich ergeben müßten, dann spielte auch die folgende Überlegung immer wieder eine wichtige Rolle: Das zueinanderfindende Europa kann nur im Frieden leben, wenn die deutsche Frage befriedigend gelöst worden ist. Befriedigend gelöst werden kann die deutsche Frage aber nur auf dem Weg der Vereinigung oder Wiedervereinigung. Dabei gab es bei den polnischen, tschechischen und slowakischen Freunden gewiß auch sehr unterschiedliche Vorstellungen, in welcher Weise und in welchen Zeiträumen diese deutsche Vereinigung bewerkstelligt werden könnte. Aber die Perspektive war da! Gewiß auch deshalb, weil das nationale Selbstverständnis bei unseren östlichen Nachbarn nicht jene Brüche hinnehmen mußte, die uns Deutsche vor dem Hintergrund unserer jüngsten Geschichte nicht erspart bleiben konnten.

Wir haben, wenn wir in Deutschland über die Zukunft unseres geteilten Landes nachdachten, die Perspektiven anders gesehen und bewertet. Wir haben zu beiden Seiten der Grenze immer wieder gesagt: An den deutschen Verhältnissen darf nicht gerüttelt werden! Sie müssen als Folge des Zweiten Weltkrieges hingenommen werden. Es ist auch nicht vorstellbar, daß die Sowjetunion, die in diesem Krieg Millionen von Menschen verloren hat, das wieder aufgibt, was sie als die Frucht eines unter großen Opfern errungenen Sieges betrachtet. Wir waren uns sicher, daß grundlegende Veränderungen nur um den Preis der Gefährdung des Friedens in Europa möglich sein könnten. Und ein solcher Preis, das sage ich zumindest für uns Ostdeutsche, schien uns zu hoch!

Hier gab es einen weitreichenden Konsens. Und dieser Konsens galt auch

deshalb als unbestritten, weil wir sicher zu sein glaubten, das „wir“ bezieht sich jetzt auch wieder auf ehemalige DDR-Bürger, daß die Großmächte ihre Interessensphären gegeneinander zuverlässig abgesteckt hatten. Alle Konflikte, die es in den Nachkriegszeiten gegeben hat, fanden ihre Begrenzung durch den jeweiligen Machtbereich des anderen politischen Blocksystems.

Wir werden heute von berufenen Sachkennern einen Überblick über die verschiedenartigen Konzeptionen vermittelt bekommen, die in der Bundesrepublik Deutschland damals im Blick auf die Zukunft des geteilten Deutschlands entwickelt wurden. Dabei wird auch die Frage eine Rolle spielen müssen, wie man mit der politischen Verpflichtung des Grundgesetzes umgegangen ist. In der Präambel des Grundgesetzes von 1949 heißt es ja bekanntlich: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Wir werden auch etwas von der Einstellung der Sowjetunion gegenüber der deutschen Frage in den ersten Nachkriegsjahren hören. Noch immer wird darüber gestritten, ob Stalin zu einer bestimmten Zeit tatsächlich bereit gewesen sein könnte, der Wiedervereinigung Deutschlands zuzustimmen.

Ich danke denen, die uns heute genauer informieren wollen, für Ihre notwendige Aufklärungsarbeit. Noch immer wuchern ja manche Legenden, durch die wir zum Kern der historischen Wahrheit durchstoßen müssen, wenn wir unsere Vergangenheit im geteilten Deutschland aufarbeiten wollen.

In der Hoffnung, daß uns dies heute ein Stück gelingt und wir auf unserem Weg ein Stück weiter kommen, möchte ich den ersten Vortragenden bitten, nach vorn zu kommen, und zwar Herrn Professor Dr. Horst Möller, den Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München.

Prof. Dr. Horst Möller: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten, meine Damen und Herren! Wir wissen durch die Zugänglichkeit vieler Quellen sehr viel über die Motive der beteiligten Politiker, Parteien und Gruppierungen an der Deutschlandpolitik der 1950er und 1960er Jahre. Viele der zentralen Quellenbestände sind veröffentlicht, beispielsweise in der großen Adenauerausgabe aus Rhöndorf, in den Veröffentlichungen der Fraktionsprotokolle von FDP und SPD bei der Bonner Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, durch die Veröffentlichung der Kabinettsprotokolle der Bundesregierung für die Zeit zu Beginn der 1950er Jahre und andere Veröffentlichungen. Sie werden von mir nun nicht erwarten, daß ich in ungefähr einer halben Stunde auf die zahlreichen Einzelheiten, die wir jetzt durch die Veröffentlichungen genauer wissen, eingehe oder auch im einzelnen eingehe auf die zugänglichen Akten zur auswärtigen Politik der beteiligten Westmächte; die der damaligen Sowjetunion liegen in dieser Form, wie es für die Westmächte gilt, bisher immer noch nicht vor. Auf der anderen Seite gibt es auch hier inzwischen einzelne Erfolge in der Erforschung wesentlicher Grundprobleme. Auf ein Beispiel gehe ich nachher noch ein. Es